

55. Bezirkskonferenz der IG Metall Baden-Württemberg in Karlsruhe:

„Hände weg von der 35“

1984 führte die IG Metall in Baden-Württemberg den Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche. 20 Jahre danach ist die Diskussion um die Arbeitszeit so aktuell wie damals, wenn auch in einer anderen Richtung: Die Arbeitgeber verlangen unbezahlte Arbeitszeitverlängerungen. In einer Resolution setzten die Delegierten der Bezirkskonferenz 2004 in Karlsruhe deshalb ein einstimmiges Zeichen: „Hände weg von der 35“.

Im Tarifergebnis von Pforzheim wurden die Voraussetzungen für vorübergehende Abweichungen vom Tarifvertrag ermöglicht, auch Absenkung oder Erhöhung der Arbeitszeit, so heißt es in der Resolution. Aber nur zu festgelegten Bedingungen und wenn die Beschäftigten eine nachhaltige Perspektive erhalten. Die Arbeitgeber stellten die Menschen aber als Faulenzer und längere Arbeitszeiten als Wundermittel hin und verfolgten dabei nur eigennützige Interessen.

„Die IG Metall ist bereit, die Zukunftschancen unserer Branchen nachhaltig zu verbessern“, sagte Bezirksleiter Jörg Hofmann im Geschäftsbericht. Dafür stünden die zahlreichen Tarifprojekte, wie ERA- und Qualifizierungs-



Bezirkskonferenz der IG Metall Baden-Württemberg in Karlsruhe: Arbeitszeit innovativ gestalten

Tarifvertrag oder die Verhandlungen über die Neugestaltung der Arbeitszeitflexibilisierung. In Bereichen direkter Arbeitskostenkonkurrenz suche die IG Metall Lösungen, wie auch in den Zukunftsfragen der Ausbildung und alternder Belegschaften. Sollten die Arbeitgeber bis Oktober im Rahmen des Ausbildungspaktes nicht genug Aus-

bildungsplätze bereit stellen, werde er der Tarifkommission eine Forderung zur verbindlichen Erhöhung der Ausbildungsquoten vorschlagen, sagte Hofmann. Die Frage älter werdender Belegschaften solle ebenfalls offensiv aufgegriffen werden, zunächst im Rahmen der Aktion „Tatort Betrieb“. Jörg Hofmann: „2008 läuft die aktu-

elle Altersteilzeitregelung aus.“ Das Kernproblem unserer Gesellschaft sei die hohe Arbeitslosigkeit und das stagnierende Wachstum, nicht die 35-Stunden-Woche. Deshalb bleibe die „35“ fester Bezugspunkt, so die Resolution. Wo Arbeitgeber Belegschaften zu erpressen versuchen, werde die IG Metall zur Solidarität aufrufen. ◀

Verabschiedung von Mitstreitern des Arbeitskampfes 1984: von links Alois Süß (Alcatel SEL Stuttgart), Ernst Eisenmann (früherer Bezirksleiter, Georg Weinmann (Stihl Waiblingen) – rechts Bezirksleiter Jörg Hofmann



Diskussionsrunde zum Thema Arbeitszeit: von links Jürgen Leetz (Porsche Stuttgart), Karl Mayer (Voith Heidenheim), Moderator Wolfgang Storz (Chefredakteur Frankfurter Rundschau) und Uschi Genswürger (Valeo Bietigheim)



Weru in Rudersberg: Belegschaft protestiert gegen Arbeitszeitverlängerung und Entlassungen

Zukunft statt Streichpaket

„Sie wollen Entlassungen und haben sonst keinen Plan“ – beim Fensterbauer Weru in Rudersberg wehrte sich die Belegschaft mit einem spontanen Aktionstag gegen ein geplantes Streichpaket des Vorstandes. Bis zu 180 Beschäftigte sollen entlassen, die Arbeitszeit auf 40 Stunden unbezahlt verlängert und das Urlaubs- und Weihnachtsgeld einbehalten werden.

Der Betriebsratsvorsitzende Peter Biler zeigte sich empört: „Ich konnte es nicht fassen“ – von Stunde zu Stunde habe der Vorstand bei den Verhandlungen seine Forderungen erhöht. Dabei seien die rund 580 Beschäftigten durchaus zu Beiträgen bereit, denn die Lage auf dem Fenstermarkt wird auch vom Betriebsrat kritisch eingeschätzt.

Statt die Menschen zu entlassen, solle aber lieber die Arbeitszeit für alle auf 32 Wochenstunden verkürzt werden. „Wenn wir uns auf die Arbeitszeitverlängerung einlassen, würden noch



Spontaner Aktionstag bei Weru in Rudersberg: Vorstand konzeptionslos – Menschen arbeitslos

einmal 30 bis 50 Arbeitsplätze wegfallen“, sagte Peter Biler: „Wir wollen nicht die Totengräber bei weiteren Entlassungen sein.“ Es sei ein einfaches Rechenexempel, sagte Anne Rieger,

Zweite Bevollmächtigte der IG Metall Waiblingen: „Wenn in einer Abteilung sieben Beschäftigte arbeiten und alle arbeiten fünf Stunden länger, was ist die Folge? Einer muss gehen.“ Die

Weru-Belegschaft fordert von der Geschäftsleitung Zukunftskonzepte für den Standort statt einfalliger Streichpakete und eine Beschäftigungssicherung bis ins Jahr 2010. ◀

Tarifrunde im montierenden Handwerk: Bei Elektro neue Verhandlungen angesetzt

Bei ITGA endlich die Einkommen erhöht

Endlich: Für die Heizungsbauer und Klimatechniker in Baden-Württemberg (Industrieverband ITGA) gibt es rückwirkend ab Juni 1,5 Prozent mehr Einkommen. Die Arbeitgeber stimmten dem Tarifergebnis im Juli endlich zu, nachdem die Erklärungsfrist zwei Mal verlängert worden war. Weitere 1,3 Prozent mehr gibt's ab Januar 2005.

Im Elektro-Handwerk lässt ein Tarifabschluss auf sich warten. In Waiblingen und Mannheim gab es erste Warnstreiks. Für den 31. August waren neue Tarifverhandlungen angesetzt – nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe. Aktuelle Infos im Internet unter www.bw.igm.de. ◀



Warnstreik bei GA in Waiblingen: Bringen die Verhandlungen Ende August endlich ein Tarifergebnis?

DGB: Erwin Teufels Verwaltungsreform gefährdet die Effizienz der Gewerbeaufsicht

Kommt der Arbeitsschutz unter die Räder?

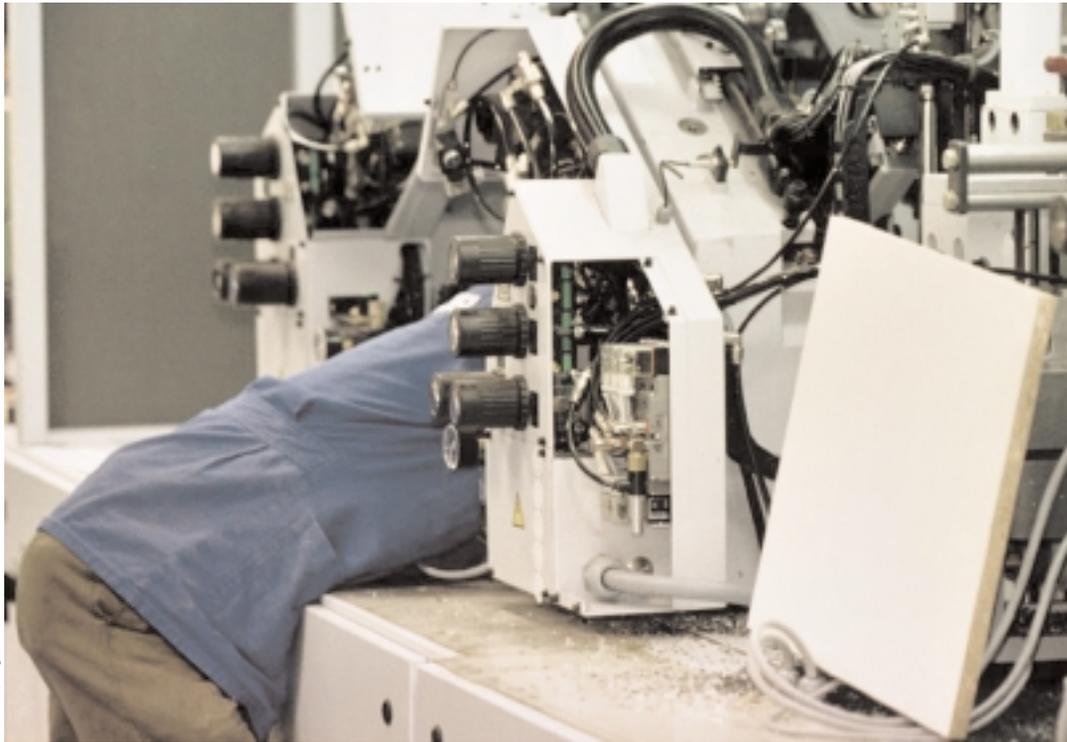


Foto: Graffiti/Flitzers

Am Arbeitsplatz lauern viele Gefahren: Leistungsdruck und Stress nehmen zu

Gewerbeaufsicht müsse erhalten und modernisiert werden.

Arbeitsintensität und Druck haben nach einer Umfrage des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung in den vergangenen fünf Jahren in 90 Prozent aller Betriebe zugenommen. Nur 16 Prozent der Betriebe machen eine vorbeugende betriebliche Gesundheitspolitik. In mehr als zwei Drittel der Unternehmen würden – acht Jahre nach Inkrafttreten des Arbeitsschutzgesetzes – vorgeschriebene Gefährdungsanalysen nicht durchgeführt.

Bisher hat die staatliche Arbeitsschutzaufsicht der Länder (die Gewerbeaufsicht) die Aufgabe, branchenübergreifend die betriebliche Umsetzung staatlicher Rechtsvorschriften zu kontrollieren. Die Unfallversicherungsträger (Berufsgenossenschaften und Unfallkassen) haben die Aufgabe, branchenbezogene Regelungen zu erstellen und für deren Umsetzung zu sorgen. Beide Institutionen sollen auch Unternehmen und Dienststellen qualifiziert beraten. ◀

Der DGB Baden-Württemberg befürchtet, dass durch die Verlagerung der Arbeitsschutzaufsicht auf die Landratsämter im Rahmen der Verwaltungsreform der Arbeitsschutz noch mehr unter die Räder kommt. „Es droht ein Verlust an Fachkompetenz, Koordination und Aufsicht“, schrieb der DGB-Landesvorsitzende Rainer Bliesener in einem Brief an Ministerpräsident Erwin Teufel. Bliesener forderte Teufel auf,

Rückschritte beim Arbeitsschutz zu verhindern.

Der Arbeitsschutz drohe künftig nur mehr „en passant“ und – wenn überhaupt – nur noch „innerhalb des eigenen Gartensaums“ erledigt zu werden. Zentral geplante Schwerpunktaktionen würden künftig wohl nicht mehr stattfinden. Beratung und staatliche Kontrolle, besonders auch bei Kleinbetrieben, drohen auf der Strecke zu bleiben.

Der DGB kritisiert massive Defizite im deutschen Arbeitsschutz, insbesondere was die Prävention arbeitsbedingter Gesundheitsgefahren betrifft. Die Vielzahl von Gefährdungen im Arbeitsleben mache eine verstärkte und systematische Überwachung notwendig, statt die Regelungsdichte abzubauen. Das duale System des Arbeitsschutzes mit der Kooperation von Berufsgenossenschaften und staatlicher

Die IG Metall informiert Neuordnung der Metallberufe

Im August wurden die neuen Metallberufe eingeführt. Sie lösen die bisherigen Berufsbilder aus dem Jahr 1987 ab, die nach 17 Jahren ausgedient haben. Zwar behalten die Berufe ihre Namen, aber hinter der Fassade hat sich fast alles geändert. Durch eine neue Ausbildungsstruktur entfallen bisherige Differenzierungen in 18 Richtungen. Die Berufsbefähigung soll umfassen-

der und breiter werden. Zur Neuordnung der Metallberufe gibt es Hintergrundinformationen der IG Metall auf der Homepage des Bezirks Baden-Württemberg www.bw.igm.de, Rubrik Berufliche Bildung. ◀

Oskar Negt spricht Stuttgart Friedenspreis – Verleihung 25. September

Am 25. September wird zum zweiten Mal der Stuttgarter Friedenspreis verliehen. Den mit 5000 Euro dotierten Preis vergibt

das Stuttgarter Bürgerprojekt „Die Anstifter“ an Menschen, die sich beispielhaft für Frieden, Gerechtigkeit und eine solidarische Welt einsetzen. Die Jury hatte im August die Wahl unter 63 Bewerber/innen. Der IG Metall-Bezirk Baden-Württemberg ist Partner beim Stuttgarter Friedenspreis.

Zur Preisverleihung am 25. September im Stuttgarter Theaterhaus hält der Sozialphilosoph Prof. Oskar Negt ein Plädoyer für Gerechtigkeit und Solidarität,

ohne die Frieden nicht möglich ist. Für die Musik sorgt unter anderem der indische Percussionmusiker Ramesh Shotham mit Madras Special. Durchs Programm führt der Stuttgarter Kabarettist Peter Grohmann. Nach der Friedens-Gala gibt es ein Fest im Foyer des Theaterhauses mit der kubanischen Gruppe Black & White. Karten kosten im Vorverkauf 15, an der Abendkasse 17 Euro. Infos gibt's unter www.theaterhaus.com und www.die-anstifter.de. ◀